Flughafen Nürnberg GmbH (FNG) – Anpassung des Gesellschaftsvertrags an Regelungen zur Beschlussfassung der Gremien durch elektronische Kommunikationsmittel (insb. Videokonferenz)

hier: Sachverhaltsdarstellung

1. Anlass für die Änderungen am Gesellschaftsvertrag:

Der aktuell gültige Gesellschaftsvertrag der Flughafen Nürnberg GmbH enthält keine expliziten Regelungen zur Beschlussfassung der Gremien durch elektronische Kommunikationsmittel (insbesondere Videokonferenz).

Die entsprechenden Beschlüsse einer „Gesellschafterversammlung per Videokonferenz“ sind dementsprechend bisher in einem nachlaufenden Umlaufverfahren nachzuholen (so geschehen mit Umlaufbeschluss 01/2020 der FNG-Gesellschafterversammlung).

Angesichts des anhaltenden Pandemieverlaufs scheint es aus Sicht des StMFH angebracht, die FNG-Satzung entsprechend zu modernisieren, damit beschlussfähige Gremiensitzungen in Form von Telefon-/Videokonferenzen ermöglicht werden.

Im Zuge dieser Änderungen sollen auch weitere kleinere Änderungen und Klarstellungen sowie redaktionelle Anpassungen am Gesellschaftsvertrag beschlossen werden.

2. Erläuterung zu den wesentlichen Änderungen am Gesellschaftsvertrag:

- **zu § 7 Abs. 2 (neu):**
Klarstellung, dass die Gesellschaft insbesondere bei Ersatzansprüchen von und gegen einzelne Geschäftsführern vom Aufsichtsrat vertreten wird. Diese Regelung entspricht dem gesetzlichen Standard.
- **zu § 8 Abs. 7 (Änderung):**
Für Mitglieder des Aufsichtsrates wird die Abgabe von Stimmen für den Fall erleichtert, dass eine Sitzung zwar stattfindet, das einzelne Aufsichtsratsmitglied aber an der Teilnahme verhindert ist. Er kann seine Stimme nun nicht mehr nur schriftlich, sondern auch in anderer Form übermitteln.
- **zu § 9 Abs. 1 (Änderung):**
Dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats wird die Befugnis eingeräumt, anzuordnen, dass eine Sitzungen des Aufsichtsrates statt in Präsenzform in Form einer Telefon- oder Videokonferenz oder unter Zuschaltung einzelner Mitglieder per Telefon- oder Videoübertragung stattfindet.
- **zu § 10 Abs. 1 (Änderung):**
Folgeänderung zu § 9 Abs. 1. Wer per Telefon oder Video zugeschaltet ist, gilt als anwesend. Hierdurch wird gewährleistet, dass alle Vorschriften der Satzung, die an die Anwesenheit anknüpfen auch für die zugeschalteten Teilnehmer gelten.
- **zu § 10 Abs. 3 (Ergänzung):**
Erweiterung des Inhalts der Protokolle der Aufsichtsratssitzungen.

- **zu §§ 13-17:**
 - Die Reihenfolge der Paragraphen § 13-17 zur Gesellschafterversammlung wird geändert, um den Aufbau weitestgehend symmetrisch zu den Regelungen für den Aufsichtsrat zu halten.
 - Die Regelungen des bisherigen § 13 Abs. 3 bis 6 zur Einberufung der Gesellschafterversammlung werden in einen eigenen § 14 „Einberufung“ ausgegliedert;
 - Hierbei wurde eine redaktionelle Anpassung in Bezug auf das Recht der Gesellschafter zur Einberufung einer Versammlung vorgenommen. Der Aufgabenkatalog der Gesellschafterversammlung hat sich auf § 17 verschoben, die entsprechenden „Referenzpunkte“ in § 16 Abs. 3 (neu) und § 17 Abs. 3 (neu) wurden entsprechend angepasst.

- **zu § 19 Abs. 5 (Ergänzung):**

Dem Freistaat Bayern und der Stadt Nürnberg werden die Rechte aus § 53 Haushaltsgrundsatzgesetz eingeräumt.

- **zu § 22 (neu):**

Die Nichtigkeitsklausel dient der Aufrechterhaltung des Gesellschaftervertrages.